

Beitragserhöhung des Landesverbandes Hessen der Kleingärtner e.V. (LHK)

Mit Befremden nehmen wir zur Kenntnis, dass der LHK mit einem demokratischen Prozess nur schwer umgehen kann und nunmehr wiederholt öffentlich auf seiner Homepage und jetzt auch im „Hessischen Kleingärtner“ kritisiert, dass die Stadtgruppe gegen die deutliche Beitragserhöhung für den LHK gestimmt hat.

Hintergrund ist, dass der LHK Ende Juni 2023 zu einem außerordentlichen Landesverbandstag, dessen einziger Inhalt war, die finanzielle Ausstattung unseres Dachverbandes deutlich aufzustocken, nach Frankfurt-Höchst einlud. Geplant war eine Beitragserhöhung von 2,90 €, was fast 33% (ca. 100.000,00 € p.a.) Steigerung entspricht.

Die Stadtgruppe als größter Mitgliedsverband des Landesverbandes Hessen, hat mit 33 Delegierten, ein bedeutendes Mitspracherecht in diesem Gremium. Immerhin stellt die Stadtgruppe mit ca. 16.000 Mitgliedern fast die Hälfte aller Mitglieder im Landesverband Hessen (34.400) und von daher sehen wir uns auch als Sprachrohr und gehen nicht leichtfertig mit den Mitgliedsbeiträgen unserer Kleingärtnerinnen und Kleingärtner um.

Gerade in Frankfurt bekommen die Menschen derzeit aus allen Richtungen die Teuerungen aufgrund der hohen Inflation zu spüren und da hat gerade ein gemeinnütziger Verband, der die Interessen unserer Mitglieder vertreten soll, eine besondere Verpflichtung, sorgsam und sparsam mit den Mitgliedsbeiträgen umzugehen.

Die Stadtgruppe kommt derzeit mit den Beiträgen immer noch gut zurecht und sieht momentan keinen Anlass für eine Beitragserhöhung.

Von daher hätten wir uns, als Delegierte der Stadtgruppe, mit der Einladung zum außerordentlichen Landesverbandstag der letzten Kassenberichte gewünscht, aus denen die angeblichen Defizite im Haushalt hervorgehen.

Aus allgemeinen Floskeln mittels einer Powerpoint-Präsentation vorgetragen, wie Kaufkraftausgleich, Mitgliederschwund, Kostensteigerung für die Verbandszeitschrift, Bildungsangebot, Rückgang Mitgliederzahlen, Instandhaltung, Lohnkosten, Versicherung, ohne es mit tatsächlichen Zahlen zu hinterlegen, konnten die Delegierten der Stadtgruppe nicht überzeugen, einer Beitragserhöhung in Höhe von 2,90 EUR zuzustimmen. Allein bei der Mitgliederzahl, die die Stadtgruppe stellt, sind das fast 46.000 EUR Mehreinnahmen zusätzlich für den Landesverband aus dem Bereich von Frankfurt.

Eine moderate Erhöhung, analog dem BDG (Bundesverband Deutscher Gartenfreunde), der die Beiträge in 2 Stufen um 0,40 EUR erhöht, wären wir natürlich bereit gewesen, mitzutragen.

Die genannten Beiträge für den BDG waren in dem derzeit gezahlten 10,00 € Verbandsbeitrag enthalten (siehe unsere Jahresrechnung) und werden sich mit der Beitragserhöhung des Landesverbandes und des BDG ab dem kommenden Jahr auf 13,30 € erhöhen. Die erwähnte Beitragserhöhung des BDG um weitere 0,40 € für 2026 ist bisher noch nicht beschlossen und konnte damit auch nicht am a.o. Landesverbandstag genehmigt werden.

Die Beiträge incl. Beiträge BDG steigen ab 2024 von 344.400 € auf 457.000 €

Zusätzlich zu der Beitragssteigerung beabsichtigte der LHK noch eine Satzungsänderung in Bezug auf die Kostenumlage für den Paketversand der Verbandszeitschrift „Der Hessische Kleingärtner“. Nach unserer Auffassung muss es auch weiterhin eine kostenlose Möglichkeit zum Bezug der Verbandszeitschrift für unsere Mitglieder geben. Viele Vereine nutzen daher die Möglichkeit des Paketversandes, d.h. die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner können sich aus zentralen Stellen im Verein ihre Verbandszeitschrift selbst abholen. Wir wollen natürlich nicht verleugnen, dass viele Mitglieder dieses aus den verschiedensten Gründen, die weithin diskutiert wurden und immer noch werden, nicht nutzen.

Die Stadtgruppe konnte das Ansinnen des Landesverbandes per Satzungsänderung „durch die Hintertür“ nochmals eine indirekte Beitragserhöhung von rund 6.000 EUR auf die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner umzulegen, verhindern. Soviel kostet nach Aussage des LHK der Paketversand an die beziehenden Vereine.

Nahezu einstimmig votierten die Delegierten gegen diesen Passus der Satzungsänderung und somit fehlte dem LHK hier die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Änderung.

Wir haben Verständnis, dass der Landesverband gerne mehr Geld zur Verfügung hätte, wem geht es nicht so? Aber angesichts der Tatsache, dass sich viele unserer Kleingärtnerinnen und Kleingärtner kaum noch die Pacht und Vereinsbeitrag leisten können und zum Teil in Raten zahlen, haben wir kein Verständnis für einen Dachverband, der die Beiträge um 33% erhöht!

Dann erschien der Bericht im Nachgang im Hessischen Kleingärtner über den außerordentlichen Verbandstag, nachdem der in dieser Form schon auf der Homepage des Landesverbandes, im Rundschreiben und auch in dem Protokollentwurf veröffentlicht worden war.

Besonders verärgert waren auch die aus unserem Bereich anwesenden 29 Delegierten, die leider die Erhöhung in dieser Form nicht verhindern konnten, über die einseitige und parteiische Berichterstattung des LHK. Wir vermissen hier doch die vielen Gegenargumente, die die Vertreter der Stadtgruppe gegen die überzogene Beitragserhöhung angebracht haben. Der Antrag einer Delegierten auf geheime Abstimmung, der abgelehnt wurde, wird nirgends erwähnt und fehlt im Protokoll. In allen Veröffentlichungen wird immer wieder offen oder versteckt die Stadtgruppe mit falschen Behauptungen angegriffen, was wir in der Form nicht weiter hinnehmen können.

So wurde vom Vorsitzenden des Landesverbandes, Herrn Beuermann, sowie Herrn Beer und Herrn Schilling mehrfach behauptet, die Stadtgruppe hätte aus ihrem Bereich seinerzeit keine Zahlen zur Einführung des Hess. Kleingärtners als E-Paper gemeldet. Somit konnte das Projekt mangels einer Mindestanzahl an Mitgliedern angeblich nicht fortgeführt werden. Unsere Zahlen haben wir mit Schreiben vom 9. Mai 2022 dem LHK gemeldet. Dieser falschen Behauptung haben wir wiederholt erfolglos widersprochen.

Der Hinweis, dass die Arbeitsgruppe zur Beitragserhöhung im August 2022 einstimmig der Beitragserhöhung zugestimmt habe, kann ebenfalls so nicht hingenommen werden. Eine Arbeitsgruppe kann letztendlich nur Empfehlungen geben, aber nichts

beschließen. Herr Schubert als unser Vertreter in dieser Arbeitsgruppe bestätigte, dass zwar über die einzelnen Erhöhungen gesprochen und diskutiert wurde, aber nie die Gesamtsumme der daraus folgenden Einnahme genannt und darüber abgestimmt wurde.

Insgesamt wurde der außerordentliche Landesverbandstag von unseren Delegierten als „unwürdig“ bezeichnet, dem sich unser Vorstand anschließt.

Wir sind der Auffassung, dass auf einem Landesverbandstag, auf dem eine Beitragserhöhung von ca. 33% beschlossen werden soll, auch kontrovers diskutiert werden darf und muss. Der Vorstand des Landesverbandes muss auch Kritik hinnehmen, die voll berechtigt war.

Wie und wovon wollte denn der Landesverband ohne unsere fast 16.000 Mitglieder existieren?

DER VORSTAND